

**Niederschrift**

zur 5. Sitzung des Gemeinderats der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 24. Juni 2021, 18:30 Uhr in der Aegidiushalle, Pestalozzistraße 5-7 in Leimen-St. Ilgen

- öffentlich -

**Beginn:** 18.30 Uhr  
**Ende:** 21.07 Uhr

**Vorsitz:** Oberbürgermeister Reinwald  
Bürgermeisterin Felden

**Stadträte:** Dr. Anselmann, Peter  
Bader, Richard  
Baumann, Ursula  
Bortz, Holger  
Feuchter, Klaus  
Frühwirt, Ralf  
Hahn, Alexander  
Hassenpflug, Christa  
Kettenmann, Britta  
Kurz, Mathias  
Lindenbach, Bruno  
Müller, Julia  
Müller, Nathalie  
*Neininger-Röth, Claudia* bis 18.45 Uhr  
Niemzik, Julia ab 18.45 Uhr  
Dr. Pfisterer, Ulrike  
Reinig, Michael  
Dr. Sandner, Peter  
Schilling, Christine  
Stern, Wolfgang  
Unverfehrt, Dietrich  
Werner, Lisa-Marie  
Woesch, Rudolf

**Von der Verwaltung:** 1 Stadtoberamtsrat Ullrich  
1.2 Stadtamtfrau Lutz  
2 Stadtoberverwaltungsrat Veith  
6 Stadtoberverwaltungsrat Gora  
14 Stadtoberamtsrat Heinzmann

Angestellte Greiner  
Protokollführerin

## T A G E S O R D N U N G

zur 5. Sitzung des Gemeinderats der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 24. Juni 2021, 18:30 Uhr in der Aegidiushalle, Pestalozzistraße 5-7 in Leimen-St. Ilgen

- öffentlich -

- |            |   |         |
|------------|---|---------|
| <b>1.</b>  | <b>Fragestunde</b>  |         |
| <b>2.</b>  | <b>Protokolle</b><br>- Protokollbeurkundung<br>- Benennung von Urkundspersonen                      |         |
| <b>3.</b>  | <b>Gemeinderat</b><br>Ausscheiden Claudia Neininger-Röth  | 30/2021 |
| <b>4.</b>  | <b>Gemeinderat</b><br>- Feststellung von Hinderungsgründen<br>- Nachrücken eines neuen Mitglieds    | 31/2021 |
| <b>5.</b>  | <b>Gemeinderat</b><br>Verpflichtung eines neuen Mitglieds   | 32/2021 |
| <b>6.</b>  | <b>Gemeinderat</b><br>Nachbesetzung in den Ausschüssen und Aufsichtsräten                           | 33/2021 |
| <b>7.</b>  | <b>Zuwendungen</b><br>Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO      | 34/2021 |
| <b>8.</b>  | <b>Bebauungsplan Leimen-Gauangelloch</b><br>Gaiberger Weg I+II, 3. Änderung - Aufstellungsbeschluss | 35/2021 |
| <b>9.</b>  | <b>Bebauungsplan Leimen-Gauangelloch</b><br>Gaiberger Weg IV, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss   | 36/2021 |
| <b>10.</b> | <b>Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar</b><br>Anhörung und Offenlage zur 1. Änderung            | 37/2021 |
| <b>11.</b> | <b>Straßen</b><br>Teilerschließung Gewerbegebiet Süd II, Retentionsbecken                           | 38/2021 |
| <b>12.</b> | <b>Kindergarten</b><br>Neubau Kindergarten beim Ludwig-Uhland-Haus, überplanmäßige Ausgaben 2020    | 39/2021 |
| <b>13.</b> | <b>Friedhöfe</b><br>Grabfelder für die Bestattung im Leichentuch                                    | 40/2021 |
| <b>14.</b> | <b>Friedhöfe</b><br>Urnenwand Friedhof St. Ilgen  | 41/2021 |

- |   |         |
|---|---------|
| <b>15. Haushalt</b>                               | 42/2021 |
| Bildung von Haushaltsermächtigungen               |         |
| <b>16. Liegenschaften</b>                         | 43/2021 |
| Dachnutzungsvertrag - BürgerEnergieGenossenschaft |         |
| <b>17. Rathausplatzbebauung – Tiefgarage</b>      | 44/2021 |
| Beauftragung der Fachplaner                       |         |
| <b>18. Verschiedenes</b>                          |         |

Oberbürgermeister Reinwald

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörererraum. Er stellt anschließend fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist und fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben.

Er gratuliert im Namen der Stadtverwaltung und des Gremiums den Stadträten Baumann, Julia Müller und Kurz nachträglich zum Geburtstag.

## 1. Fragestunde

Herr Osman Ata, Elternbeiratsvorsitzender des Nikolaus-Lenau-Hauses, macht auf die Verkehrsproblematik in der Hohenstaufenallee aufmerksam. Er habe seitens der Verwaltung Rückmeldung erhalten, dass vermehrt geblitzt werde. Zudem sollten in dem Bereich Geschwindigkeitsanzeigesysteme installiert werden. Er erkundigt sich nach dem Sachstand, da gerade aktuell ein neuer Vorfall gewesen sei. Ein Kind sei beinahe von einem Motorradfahrer erfasst worden.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dass die mobilen Geschwindigkeitsanzeigen bereits eingetroffen seien und bald aufgestellt werden sollen. Der Vorfall sei ein Anlass zu prüfen, ob man dort bauliche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsmessung trifft.

Herr Torsten Schaller

weist auf die Umstände der Container an der GSS zur Unterbringung der Hortkinder hin. Er ist Vater eines dort betreuten Kindes. Es gäbe keine sanitären Anlagen, weshalb die Kinder alleine zur Toilette über die Straße müssten. Die Erzieher könnten keine Maßnahmen treffen, die Kinder auf dem Weg zur Toilette zu begleiten. Grund für die Umsiedlung sei die derzeitige Unterbringung der Karategruppe in der Aegidiushalle.

Er fragt, ob die Kinder nicht in Räumen der Schule untergebracht werden können und bittet um Lösungsvorschläge.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, in der Nähe seien dafür Toiletten im Maximilian-Kolbe-Haus vorhanden. Durch Anregungen der Elternschaft werde eine alternative Lösung erarbeitet. Es bestehe ein Nutzungskonflikt zwischen der Schule, den Vereinen und dem Hort. Man sei an dem Thema dran. Es komme auf die Einschätzung des zuständigen Gesundheitsamtes und des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) an. Man sei mit den Behörden bereits im Gespräch, ob eine andere Lösung gewünscht wird. Er weist darauf hin, dass in dem Falle, dass ein Sanitärcontainer beschafft werden soll, der Gemeinderat zunächst darüber Beschluss fassen müsse, sodann müsse man ein Genehmigungsverfahren durchlaufen und erst dann könne die Anschaffung angegangen werden. Dies könne mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Man warte die Entscheidung der Behörden ab.

Herr Schaller

sieht dann den mit der Stadt geschlossenen Betreuungsvertrag als nicht erfüllt an, da die Betreuung nicht gewährleistet sei. Es müsse zügig eine Lösung her.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dass man keinen Schwarzbau errichten könne. Man müsse sich an Recht und Gesetz halten. Man könne vielleicht einen zusätzlichen Betreuer zur Begleitung der Kinder einsetzen.

Eine Bürgerin

wohnt in der Nachbarschaft zum Maximilian-Kolbe-Haus und ergänzt zu dem Thema, dass das Maximilian-Kolbe-Haus wenig frequentiert sei. Daher könne es eine Lösung sein. Allerdings sei es für sie nicht vorstellbar, dass die Kinder in den Wintermonaten den Weg machen müssen.

Oberbürgermeister Reinwald

weist auf seine bisherige Aussage hin.

Ein Bürger und Vater eines betroffenen Kindes

merkt an, dass es für ihn als Labormediziner unglaublich sei, dass keine sanitären Anlagen in die Planungen einbezogen worden seien. Solche Zustände seien für ihn gerade in Zeiten von Corona unerträglich.

Oberbürgermeister Reinwald

bittet um Verständnis, da man die alternative Unterbringung vor Corona geplant habe. In unmittelbarer Nähe, etwa 30 Meter entfernt, seien die Sanitäreinrichtungen des Maximilian-Kolbe-Hauses vorhanden, zumal die Kinder auch zu einem Sanitärcontainer alleine gehen müssten.

## 2. Protokolle

- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Reinwald

ruft das Protokoll Nr. 4 vom 20. Mai 2021 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Dr. Anselmann und Bortz. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträtinnen Julia Müller und Nathalie Müller benannt.

## 3. Gemeinderat

30/2021

Ausscheiden Claudia Neininger-Röth

Oberbürgermeister Reinwald

schildert kurz den Sachverhalt. Er bedankt sich bei Stadträtin Neininger-Röth für ihre ehrenamtliche Tätigkeit, sie bleibe der Stadt Leimen als Leiterin des Elisabeth-Ding-Kindergarten erhalten, was ihr Ausscheiden erträglicher mache. Er bittet um Zustimmung.

Es ergeht folgender

### **Beschluss** **(Kennwort: Gemeinderat)**

Dem Antrag von Frau Stadträtin Claudia Neininger-Röth auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat zum 24. Juni 2021 wird zugestimmt.

Oberbürgermeister Reinwald

überreicht Frau Neininger-Röth eine Urkunde und ein kleines Präsent.

Stadtrat Bader

bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion bei Frau Neininger-Röth für ihr Mitwirken. Ihre Erfahrungen, insbesondere im Bereich Kindergärten, seien stets hilfreich gewesen. Er hoffe, weiterhin auf sie als Beraterin zurückgreifen zu dürfen. Er überreicht ihr einen Blumenstrauß.

*Frau Neininger-Röth verlässt das Gremium um 18.45 Uhr.*

**4. Gemeinderat**

31/2021

- Feststellung von Hinderungsgründen
- Nachrücken eines neuen Mitglieds

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert kurz die Vorlage. Er gehe von der Zustimmung aus und bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Gemeinderat)**

Es wird festgestellt, dass keine Hinderungsgründe gegen das Nachrücken von Frau Julia Niemzik in den Gemeinderat vorliegen.

**5. Gemeinderat**

32/2021

Verpflichtung eines neuen Mitglieds

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert kurz den Sachverhalt. Auch hier gehe er von der Zustimmung aus.

Es ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Gemeinderat)**

Frau Julia Niemzik wird in der Sitzung vom 24. Juni 2021 auf ihr Amt als Stadträtin verpflichtet, womit auch ihre Amtszeit beginnt.

Oberbürgermeister Reinwald

bittet die Anwesenden, sich für die Verpflichtung von Frau Niemzik zu erheben.

Frau Niemzik

spricht die ihr vorgelesene Verpflichtungsformel nach und wird dadurch auf ihr Amt als Stadträtin verpflichtet.

Stadtrat Bader

heißt Stadträtin Niemzik im Namen der CDU-Fraktion im Gremium herzlich willkommen und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

**6. Gemeinderat**

33/2021

Nachbesetzung in den Ausschüssen und Aufsichtsräten

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert den Sachverhalt in Kürze. Die Nachbesetzung sei von der CDU genannt worden. Er gehe hier ebenfalls von der Zustimmung aus.

Es ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Gemeinderat)**

1. Der von der CDU-Fraktion nominierten Nachrückerin, Stadträtin Julia Niemzik, in den Technischen Ausschuss wird zugestimmt.
2. Der von der CDU-Fraktion nominierten Nachrückerin, Stadträtin Julia Niemzik, in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr wird zugestimmt.

3. Der von der CDU-Fraktion nominierten Nachrückerin, Stadträtin Julia Niemzik, in den Umlegungsausschuss wird zugestimmt.
4. Der von der CDU-Fraktion nominierten Nachrückerin, Stadträtin Julia Niemzik, in den Ausschuss für Kultur, Schule, Soziales und Sport wird zugestimmt.
5. Der von der CDU-Fraktion nominierten Nachrücker, Stadtrat Wolfgang Stern, in die Hauptversammlung des Städtetags Baden-Württemberg wird zugestimmt.

## 7. Zuwendungen

34/2021

Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO

Oberbürgermeister Reinwald schildert den Sachverhalt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht folgender

### **Beschluss (Kennwort: Zuwendungen)**

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen, oder auf Wunsch von Zuwendungsbestätigungen beauftragt.

## 8. Bebauungsplan Leimen-Gauangelloch

35/2021

Gaiberger Weg I+II, 3. Änderung - Aufstellungsbeschluss

Oberbürgermeister Reinwald erläutert die Gremienvorlage. Der Sachstand sei durch die Vorberatungen bereits bekannt. Mit der Änderung werde eine Bebauung mit sechs Wohnhäusern ermöglicht.

Stadträtin Hassenpflug

gibt eine Stellungnahme dazu ab (*Anlage 1*). Der geänderte Bebauungsplan Gaiberger Weg schreibt vor, dass nur noch offene Einfriedungen zulässig sind, somit seien Mauern, geschlossene Holzwände und Stabgitterzäune mit Sichtschutzstreifen nicht mehr zulässig. Dies gehe auf einen Vorschlag der GALL zurück. Neben der Optik würden dadurch das Stadtklima und die Fauna positiv beeinflusst. Man befürworte daher den Vorschlag der Verwaltung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

### **Beschluss (Kennwort: Bebauungsplan Leimen-Gauangelloch)**

1. Die Änderung des Bebauungsplans „Gaiberger Weg I+II, 3. Änderung“ wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB beschlossen.
2. Der Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 30.04.2021 wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.
3. Der Entwurf der zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 30.04.2021 wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

**9. Bebauungsplan Leimen-Gauangelloch**  
Gaiberger Weg IV, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss

36/2021

Oberbürgermeister Reinwald schildert den Sachverhalt. Es handele sich um das Gebiet im Bereich Römerweg - Talblick-Feilgasse. Es werde lediglich ein Baufenster geändert, um Baugrenzen an den Bestand anpassen zu können.

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Bebauungsplan Leimen-Gauangelloch)**

1. Die Änderung des Bebauungsplans „Gaiberger Weg IV, 1. Änderung“ wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB beschlossen.
2. Der Bebauungsplanentwurf in der Fassung vom 30.04.2021 wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.
3. Der Entwurf der zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 30.04.2021 wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

**10. Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar**  
Anhörung und Offenlage zur 1. Änderung

37/2021

Oberbürgermeister Reinwald erläutert den Sachverhalt laut Vorlage. Die Fläche solle dazu dienen, Handwerkergrundstücke zuzulassen, es solle ein kleines Gewerbegebiet außerhalb des Leimener Ortskerns entstehen. Dabei handele es sich um ein Gewerbegebiet mit wenigen Handwerksbetrieben, um diesen ihr Gewerbe und etwaige Erweiterungen auf Leimener Gemarkung zu ermöglichen. So seien Entwicklungsmöglichkeit für die Betriebe gewährleistet. Er bittet um Zustimmung. Die Stadt Leimen müsse dies in der Anhörung formulieren. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Frühwirt

habe ein Problem damit, dass ein Baugebiet für Gewerbe geschaffen werde und so immer mehr Flächen zugebaut würden. Es sei eine Tatsache, dass die Flächen verloren gehen, was man nicht im Blick habe. Es sei ein Blick über den Tellerrand hinaus notwendig, da es sich um einen Plan des gesamten Rhein-Neckar-Kreises handele. Die Frage sei doch, was im gesamten Bundesgebiet geschieht. Dies solle in die Entscheidung einfließen. Es gäbe Gründe, die dagegen sprechen. Viele im Plan angebrachte Punkte betreffen Leimen nicht. Naturflächen würden in Straßen und Höfe umgewandelt und dies in einem Schutzgebiet, einem regionalen Grünzug. Dies könne man in der heutigen Zeit nicht machen. Man müsse andere Wege finden. Zudem werde zurzeit in Leimen das größte Gewerbegebiet im Rhein-Neckar-Kreis geschaffen. Man müsse auch mal sagen, dass es genug ist. Er bittet seine Kollegen im Gemeinderat, dieses kleine Stückchen der Natur zu lassen und für die betroffenen Handwerker andere Lösungen zu finden.

Er stellt den Antrag, den 1. Punkt des Vorschlags wie folgt abzuändern: „Der 1. Änderung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar Kapitel 1.4 „Wohnbauflächen“ und 1.5 „Gewerbliche Bauflächen“ wird unter der Maßgabe zugestimmt, dass dem Ziel der Bundesregierung, den Flächenverbrauch bis 2030 auf 30 ha/Tag zu begrenzen Rechnung getragen wird, und dass die Planung Maßnahmen beinhaltet, die eine nachhaltige Flächenkreislaufwirtschaft ermöglichen.“ Punkt 2 soll komplett gestrichen werden.



#### Stadtrat Bader

erklärt, es gehe im einheitlichen Regionalplan darum, den Bebauungsplan anzupassen. Der von Stadtrat Frühwirt gestellte Antrag solle zu Punkt 2 abgeändert werden, das Wort „wird“ solle durch das Wort „soll“ ersetzt werden. Dies sei realistischer. Der Regionalverband schlage vor, dafür einen Antrag zu stellen. Sollte man sich heute dagegen entscheiden sei das Gewerbegebiet in Gauangelloch für lange Zeit kein Thema mehr. Die Notwendigkeit stehe für die CDU-Fraktion außer Frage. Die Probleme im Gauangellocher Ortskern seien bekannt. Die mögliche Aussiedlung betreffe nicht nur die heutigen Geschäftsinhaber, sondern auch die künftigen Generationen. Man müsse sich fragen, ob man sich nun die Möglichkeit sichern will und so den Ortskern entlastet und den Gewerbetreibenden in Leimener Gemarkung die Möglichkeit der Erweiterung bietet. Er widerspricht Stadtrat Frühwirt, da in dem Gebiet ein ganz kleiner Ausschnitt betroffen sei.

#### Stadtrat Feuchter

erklärt, er wohne seit 40 Jahren in Gauangelloch. Bereits seit 25 Jahren stehe das Gewerbegebiet im Bebauungsplan. Bei der Erstellung des Bebauungsplans sei vom Nachbarschaftsverband empfohlen worden, die Fläche zu verlagern, die dann Hochwassergebiet gewesen sei. Der Beschluss bedeute nicht, dass dort tatsächlich ein Gewerbegebiet entsteht, aber man behalte sich die Möglichkeit dazu vor. Die Kommunen lebten von der Gewerbesteuer. Wenn man beispielsweise Herrn Agena, der nach Meckesheim abgewandert sei, und der Firma Seger, die abgewandert sei, diese Möglichkeit geboten hätte, könnten die Firmen noch auf Leimener Gemarkung tätig sein. Wenn er hört, dass man mehr begrünen soll, solle man einen Blick nach Mannheim werfen. Zu Punkt 1 könne man der von Stadtrat Frühwirt vorgeschlagenen Ergänzung nicht zustimmen, da die Stadt Leimen darauf keinen Einfluss habe. Bei Beschluss des Flächennutzungsplans im Nachbarschaftsverband habe sich die Stadt Leimen enthalten. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung werde zugestimmt. Dem Zusatz zu 1. werde nicht zugestimmt.

#### Stadtrat Kurz

erklärt, man möchte sich die Option eines Gewerbegebiets in Gauangelloch offen halten, weshalb die Fraktion der Freien Wähler mehrheitlich zustimme.

#### Stadtrat Dr. Sandner

erklärt, man habe zwei Themen zu entscheiden. Will man ein Gewerbegebiet in Gauangelloch und wie verhält man sich gegenüber der Verlegung des Gewerbegebiets. Die Argumente begleiteten ihn seit 30 Jahren. Er schildert die bisherigen Entwicklungen. Das Gewerbegebiet in Gauangelloch sei notwendig, ein Verweis auf das Gebiet Leimen-Rohrbach helfe nicht. Dies sei für die Gewerbetreibenden in Gauangelloch nicht interessant. Mit der Zustimmung behalte man sich die Option, bei Bedarf das Gebiet als Gewerbegebiet auszuweisen. Die Formulierung „wird“ oder „soll“ sei dabei unerheblich, da es sich um eine Stellungnahme der Stadt Leimen handele. Dies wirke sich nicht auf die Entscheidung aus.

#### Stadtrat Frühwirt

erklärt, die Frage sei, welche Auswirkungen dies auf das Ziel der Bundesregierung habe. Die Stadt müsse dies im Blick behalten. Ein Ziel sei, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Der Regionalplan werde lediglich für die Region erstellt. Leimen könne einen Teil dazu beitragen und sich das Ziel der Bundesregierung zu eigen machen. Außerhalb Leimens habe man keinen Einfluss. Man könne nun seinen Teil dazu beitragen auf die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre gesehen. Dies sei Ziel seines Antrags. Das Thema, dass in der Vergangenheit Unternehmen abgewandert seien, sei zwar wichtig und die Tatsache richtig. Dies könne aber unter anderem damit zusammenhängen, dass Flächen zu teuer sind. Es seien leere Gewerbeflächen vorhanden. Es möge stimmen, dass Gewerbetreibende aus Gauangelloch Probleme damit haben, aber man müsse bei diesem Thema abwägen, auf welche

Bedürfnisse man eingeht. Für die GALL gäbe es Kriterien, die sie für wichtiger halte. Man könne gerne das Gespräch suchen. Er bleibe bei der Formulierung seines Antrags mit "wird".

Stadtrat Bader  
zieht seinen Antrag zurück.

Oberbürgermeister Reinwald  
bittet um Abstimmung des Antrages der GALL.

Mit 13 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Bader, Feuchter, Hahn, Kurz, Lindenbach, N. Müller, Niemzik, Dr. Pfisterer, Schilling, Stern und Woesch) und 10 Nein-Stimmen (Stadträte Baumann, Bortz, Frühwirt, Hassenpflug, Kettenmann, J. Müller, Reinig, Dr. Sandner, Unverfehrt und Werner) ergeht folgende

**Beschluss**  
**(Kennwort: Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar)**

Der Antrag der GALL-Fraktion wird abgelehnt.

Mit 13 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Bader, Feuchter, Hahn, Kurz, Lindenbach, N. Müller, Niemzik, Dr. Pfisterer, Schilling, Stern und Woesch), 6 Gegenstimmen (Stadträte Bortz, Frühwirt, Hassenpflug, Kettenmann, J. Müller und Reinig) und 4 Enthaltungen (Stadträte Baumann, Dr. Sandner, Unverfehrt und Werner) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar)**

1. Der 1. Änderung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar Kapitel 1.4 „Wohnbauflächen“ und 1.5 „Gewerbliche Bauflächen“ wird zugestimmt.

Mit 17 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Bader, Baumann, Feuchter, Hahn, Kurz, Lindenbach, N. Müller, Niemzik, Dr. Pfisterer, Dr. Sandner, Schilling, Stern, Unverfehrt, Werner und Woesch) und 6 Gegenstimmen (Stadträte Bortz, Frühwirt, Hassenpflug, Kettenmann, J. Müller und Reinig) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar)**

2. Der Beantragung einer Aufnahme der gewerblichen Entwicklungsfläche „Hoher Stein“ in die 1. Änderung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar – Raumnutzungskarte Blatt Ost wird zugestimmt.

**11. Straßen** 38/2021  
Teilerschließung Gewerbegebiet Süd II, Retentionsbecken

Oberbürgermeister Reinwald schildert den Sachverhalt. Neben den ursprünglich geplanten 8.000 Kubikmetern seien nun weitere 8.000 Kubikmeter notwendig. Die Kosten würden größtenteils von den dortigen Eigentümern getragen.

Stadtrat Stern erklärt, was ein Retentionsbecken ist und wofür es benötigt wird. Das künstlich angelegte Retentionsbecken diene als Rückhalte- und Sammelbecken, um größere Mengen

Niederschlagswasser zu speichern, zum Beispiel bei einem Starkregenereignis oder Hochwasser. In Baden-Württemberg sei daher ein erweitertes Wassergesetz verabschiedet worden. Es seien Hochwassergefahrenkarten erstellt worden. Gebiete, in denen ein Hochwasser laut Statistik öfter als einmal in hundert Jahren zu erwarten ist, gelten als Überschwemmungsgebiete. Wer dort bauen möchte müsse Ausgleichsflächen für die im Erdreich errichteten Fundamente herstellen. Weite Teile der Neubaugebiete lägen in einem Überschwemmungsgebiet, wie beispielsweise das Gewerbegebiet Süd, der neue Kindergarten bei der Realschule und der Neubau der Geschwister-Scholl-Schule. Daher sei bereits ein 11.000 qm großes Becken hergestellt worden. Nun seien weitere 8.000 qm Retentionsbecken notwendig, die für weitere Vorhaben benötigt würden. Daher komme man nicht umhin, die rund 500.000 Euro zu investieren und das bestehende Retentionsbecken zu erweitern, wobei ein Teil der Kosten auf die privaten Bauherren anteilmäßig umgelegt werde. Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadtrat Dr. Sandner

erklärt, im konkreten Fall sei die Retentionsfläche für das Gewerbegebiet Süd zu erweitern. Es seien zusätzliche Anforderungen aufgetreten, man könne das Gewerbegebiet Süd sonst nicht in Betrieb nehmen.

Stadtrat Woesch

erklärt, aus städtebaurechtlichen Gründen müsse dies gemacht werden. Die Kosten würden großteilig übernommen. Die Fraktion der Freien Wähler stimme zu.

Stadtrat Feuchter

erklärt, die Gewerbetreibenden bräuchten mehr Fläche, zudem solle auch eine Reservefläche geschaffen werden. Wenn die Tieferlegung des Leimbachs innerhalb der nächsten zehn Jahre realistisch wäre, wäre das Vorhaben nicht nötig, aber daran glaube er nicht. Ein neues Retentionsbecken zu bauen wäre teuer. Die FDP-Fraktion stimme zu.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

### **Beschluss (Kennwort: Straßen)**

1. Der Durchführung der Baumaßnahme „Erweiterung Retentionsbecken Gewerbegebiet Süd II, BA 3.2 zugestimmt (Baubeschluss).
2. Das Bauamt und die Eigenbetriebe werden ermächtigt, die Baumaßnahme öffentlich auszuschreiben und den Auftrag nach Prüfung und Wertung der Angebote an den annehmbarsten Bieter zu vergeben (Vergabebeschluss).
3. Der Gemeinderat und der Betriebsausschuss werden von der Vergabe informiert.
4. Der Vergabe der Ingenieurleistungen auf Grundlage eines Ingenieurvertrages nach HOAI an das Ing.-Büro E. Schulz, Hirschberg, wird zugestimmt.

## **12. Kindergarten**

39/2021

Neubau Kindergarten beim Ludwig-Uhland-Haus,  
überplanmäßige Ausgaben 2020

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert die Vorlage. Die Mehrausgaben in Höhe von 350.000 Euro beruhen auf den stark gestiegenen Baupreisen. Zunächst könne man die Kosten nur schätzen. Die Anbieter seien nicht dazu gehalten, diese Beträge einzuhalten. Bei vollen Auftragsbüchern werde gepokert

und mehr verlangt. Über den Bewegungsraum lasse sich diskutieren, aber die Coronapandemie habe gezeigt, dass man darauf nicht verzichten sollte. Er bittet um Zustimmung der Mehrausgaben.

Stadträtin Nathalie Müller

erklärt, die überplanmäßigen Ausgaben seien kein Grund zur Freude bei dem schmalen Geldbeutel und der Pflicht zur Erfüllung anderen Aufgaben, aber die CDU-Fraktion stimme zu. Das Ludwig-Uhland-Haus sei die größte Einrichtung in Leimen. Täglich würden mehr als 200 Kinder betreut hinter denen Familien stünden. Wie wichtig gemeinsames Spielen und Toben sei habe man gerade in den vergangenen Monaten gemerkt. Zwölf Prozent mehr sei zwar viel, aber es gäbe keinen besseren Grund dafür als die Bildung der Kinder.

Stadtrat Reinig

stimmt dem Gesagten zu. Die GALL-Fraktion sei der Meinung, dass es dort wichtig sei, dass die Kinder Platz zur Bewegung haben. Entsprechend müssten Erzieher zwecks Kinderbetreuung vorhanden sein, dort bestehe noch ein Mangel. Es sei bedauerlich, aber nicht anders machbar. Die GALL habe kein Problem damit, dass die Deckung der Kosten aus der Tiefgarage erfolge. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im Bereich der Tiefgarage mit höheren überplanmäßigen Ausgaben zu rechnen sein werde. Die GALL stimme zu.

Stadtrat Woesch

erklärt, die Kostensteigerung sei ein großes Ärgernis, aber man könne nichts dagegen machen. Der Kindergarten sei wichtig für die Kinderbetreuung. Mitten in der Bauphase könne man nicht absagen, zumal die Deckung der Kosten gegeben sei. Die Fraktion der Freien Wähler stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Feuchter

antwortet den Stadträten Reinig und Woesch, dass die Baupreise gestiegen seien. Der Gemeinderat habe die größte Ausbaustufe gewollt. Ein Speiseraum sei nach seiner Sicht nicht erforderlich gewesen, da es sich um ein geschlossenes Konzept handle. Die Fraktion der FDP habe dagegen gestimmt, da bereits ein Bewegungsraum im Ludwig-Uhland-Haus vorhanden sei. Im Vergleich hätten die Kinder in Gauangelloch einen Kellerraum. Zudem habe man dort das Containerproblem. Es bestehe keine Gleichheit zwischen den städtischen Kindergärten. In dieser Größe habe die FDP-Fraktion den Raum nicht gewollt. Die Kosten für den Speiseraum habe man sich sparen können. Stattdessen hätte man das Geld lieber in den Kindergarten Gauangelloch stecken sollen. Aber nun sei das Kind in den Brunnen gefallen. Die FDP-Fraktion werde daher auch jetzt nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Reinwald

stellt richtig, dass die Sportparkhalle tagsüber der Schule diene und keine Kapazitäten frei habe. Der Bewegungsraum stehe zehn Krabbelgruppen zur Verfügung und sei ausgelastet. Die Möglichkeit des Speisraums sei genutzt worden.

Stadtrat Dr. Sandner

ist nicht der Meinung, dass die überplanmäßigen Ausgaben auf dem Beschluss beruhen, sondern auch auf der langen Bauphase und dem Anstieg der Baupreise beruhen, die zurzeit ausufernden. Das öffentliche Vergabeverfahren habe wohl auch nicht dazu beigetragen. Die SPD-Fraktion stimme zu.

Oberbürgermeister Reinwald

bittet, nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, um Zustimmung.

Mit 18 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Bader, Baumann, Bortz, Frühwirt, Kettenmann, Kurz, J. Müller, N. Müller, Niemzik, Reinig, Dr. Sandner, Schilling, Stern, Unverfehrt, Werner und Woesch), 4 Gegenstimmen (Stadträte Feuchter, Hahn, Lindenbach und Dr. Pfisterer) und einer Enthaltung (Stadträtin Hassenpflug) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Kindergarten)**

Den überplanmäßigen Ausgaben im Jahre 2020 für den Neubau beim Ludwig-Uhland-Haus wird zugestimmt.

**13. Friedhöfe**

40/2021

Grabfelder für die Bestattung im Leichentuch

Oberbürgermeister Reinwald  
erläutert die Gremienvorlage in Kürze. Es betreffe nur den Friedhof in Leimen-Mitte.  
Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Bader

erklärt, man habe sich bereits Anfang 2020 mit dem Thema befasst, inwieweit Grabfelder für die Bestattung im Leichentuch in Leimen möglich sind. Heute gehe es konkret um den Friedhof in Leimen-Mitte. Bei dem großen Anteil der Mitbürger muslimischen Glaubens sei es notwendig, dass diese glaubensgemäß bestattet werden können. Es müssten keine zusätzlichen Flächen erworben werden. Da Urnenbestattungen zunehmen würden, entfielen entsprechend die Sarggräber. Die Fraktion der CDU stimme zu.

Stadtrat Reinig

weist ebenfalls auf die Mitbürger muslimischen Glaubens hin. Als Stadt habe man die Pflicht, entsprechend Bestattungsmöglichkeiten zu bieten. Wenn dies nicht geschehe belaste man andere Kommunen. Die GALL-Fraktion stimme insofern zu. In der Vorberatung sei nicht geklärt worden, wie hoch die Kosten anzusetzen sind und ob es als Wahlgrab zu sehen ist. Eine Klärung solle folgen.

Oberbürgermeister Reinwald

stimmt dem zu.

Stadtrat Reinig

erklärt, dass sich der Beschluss auf Leimen-Mitte beschränke. Man werde künftig sehen, wie diese Bestattungsmöglichkeit dort angenommen wird.

Stadtrat Woesch

erklärt, man sei sich einig, dass man diese Möglichkeit der Bestattung zur Verfügung stellen möchte. Bei der jetzigen Beratung habe man festgestellt, dass die Kosten für Leimen-Mitte und St. Ilgen zu hoch seien, daher werde man zunächst für Leimen-Mitte beschließen, um zu sehen, wie es angenommen wird. Die Fraktion der Freien Wähler stimme zu.

Stadtrat Feuchter

sei als Liberaler darüber schockiert gewesen, dass man über das Thema mit DITIB gesprochen habe. Man könne jungfräuliche Erde nicht garantieren, was der Stadt auf die Füße fallen könne. Die FDP-Fraktion werde sich daher enthalten.

Stadtrat Hahn

fragt, warum man die DITIB ins Gespräch genommen hat.

Oberbürgermeister Reinwald erklärt, Wiesloch habe die DITIB vorgeschlagen, um sich beraten zu lassen, was reiner Zufall sei. Die korrekte Form der Bestattung sei entsprechend abgeklärt worden.

Stadtrat Dr. Sandner stimmt dem Gesagten zu. Die Stadt Leimen sei moralisch dazu verpflichtet, die Bestattung nach eigenem Ritus zu ermöglichen. Diese Verpflichtung werde mit dem neuen Grabfeld erfüllt. Das Argument von Stadtrat Feuchter könne er nicht nachvollziehen. Zunächst werde diese Art der Bestattung nur in Leimen-Mitte im Bergfriedhof angeboten. Je nach dortiger Erfahrung könne man dies auch in St. Ilgen realisieren.

Oberbürgermeister Reinwald weist darauf hin, dass das Grabfeld jedem zur Verfügung steht, da es auch andere Glaubensformen gebe, die Bestattungen entsprechend handhaben. Er bittet um Zustimmung.

Mit 19 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen (Stadträte Feuchter, Hahn, Lindenbach, Dr. Pfisterer) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Friedhöfe)**

Dem Ausbau des Grabfeldes für die Bestattung im Leichentuch in Leimen-Mitte wird zugestimmt.

**14. Friedhöfe**  
Urnenwand Friedhof St. Ilgen

41/2021

Oberbürgermeister Reinwald schildert den Sachverhalt.

Stadtrat Frühwirt erklärt, die GALL-Fraktion stimme zu. Allerdings habe es innerhalb der Fraktion Diskussionen darüber gegeben, dass der Platz sehr groß sei für vergleichbar kleine Urnenwände. Er fragt, ob sich die Verwaltung etwas bei der Größe des Platzes gedacht hat, beispielsweise zur Erweiterung. Er erkundigt sich nach der größten Ausbaustufe des Platzes, damit der Platz ausreicht, da sich der Trend fortführen werde.

Oberbürgermeister Reinwald erklärt, die Gesamtplanung sei dem Gremium bereits vorgestellt worden. Wieviel Potential sich dahinter verbirgt könne er nicht sagen. Herr Sauerzapf, Angestellter im Bauamt, werde dies im Technischen Ausschuss oder im Verwaltungsausschuss näher erläutern. Man habe die Ruhezeiten auch stets im Hinterkopf behalten. Es würden entsprechend auch Plätze frei werden. Man könne die Urnenwand sukzessive erweitern.

Stadtrat Unverfehrt erklärt, die SPD-Fraktion unterstütze die Erweiterung im Friedhof St. Ilgen. Entsprechend den Bedürfnissen der Bürgerschaft sei es notwendig. Die Ruhezeiten bei Urnenwandgräbern betragen 20 Jahre. Daher müsse das Feld entsprechend gestaltet werden, damit die Toten in den Wänden würdig betrauert werden können.

Oberbürgermeister Reinwald bittet darum, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Friedhöfe)**

Dem Bau der Urnenwandanlage wird zugestimmt. Die Lieferung und Montage kann beauftragt werden.

**15. Haushalt**

42/2021

Bildung von Haushaltsermächtigungen

Oberbürgermeister Reinwald erläutert den Sachverhalt. Es handele sich oft um Maßnahmen, die noch im Fluss sind. Die Geschwindigkeitsanzeigen, hier aufgeführt unter dem letzten Punkt, seien bereits geliefert worden.

Stadtrat Bortz

hat eine Frage zu dem Punkt Straßenbeleuchtung. Die LEDs würden aus Lagerbeständen stammen, was aber im Jahre 2020/21 nicht sein könne.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, er könne dazu nichts sagen. Frau Strauch aus dem Bauamt könne sicher Auskunft darüber erteilen.

Stadtrat Feuchter

hoffe, dass die „Investitionen Feldwege“ dafür gebraucht werden, Wege breiter zu bauen.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, aus naturschutzrechtlichen Gründen könne erst im Oktober damit begonnen werden.

Stadtrat Reinig

weist auf den Feldweg am Anglersee hin. Die Stelle an der Unterführung sei sehr renovierungsbedürftig. Man gehe davon aus, dass dies auch „geglättet“ wird.

Stadtrat Hahn

finde es löblich, dass die Stadt Leimen auf das Anliegen der Elternschaft des Lenau-Hauses so schnell reagiert hat. Er möchte wissen, wo die anderen beiden Geschwindigkeitsanzeigen angebracht werden sollen.

Oberbürgermeister Reinwald

antwortet, dass diese mobilen Geräte nach Bedarf aufgestellt werden. Nach Auswertung der Daten könne man dann Rückschlüsse ziehen. Er bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Haushalt)**

Der Bildung von Haushaltsermächtigungen im Finanzhaushalt in Höhe von 332.000 € wird zugestimmt.

Die Haushaltsermächtigungen in Höhe von 2.608.000 €, die keiner Genehmigung bedürfen, werden zur Kenntnis genommen.

**16. Liegenschaften**

43/2021

Dachnutzungsvertrag - BürgerEnergieGenossenschaft

Bürgermeisterin Felden und die Stadträte Frühwirt, Reinig und Hassenpflug erklären sich für befangen und verlassen ihre Gremiensitze. Sie nehmen nicht an der Abstimmung teil.

Oberbürgermeister Reinwald

schildert kurz den Sachverhalt. Auf dem Neubau der Geschwister-Scholl-Schule und des Jugendtreffs soll eine Photovoltaikanlage durch die BürgerEnergieGenossenschaft Leimen errichtet werden.

Er geht von der Zustimmung aus. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss  
(Kennwort: Liegenschaften)**

1. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, mit der BürgerEnergieGenossenschaft (BEG) Leimen jeweils einen Dachnutzungsvertrag abzuschließen für
  - a.) Neubau Geschwister-Scholl-Schule St. Ilgen
  - b.) Basket 2.0, St. Ilgen
2. Zwischen der Stadt Leimen und der BEG wird je Gebäude ein Stromlieferungsvertrag abgeschlossen.

Bürgermeisterin Felden und die Stadträte Frühwirt, Reinig und Hassenpflug nehmen ihre Plätze wieder ein.

**17. Rathausplatzbebauung – Tiefgarage**

44/2021

Beauftragung der Fachplaner

Oberbürgermeister Reinwald

erläutert den Sachverhalt laut Gremienvorlage.

Stadtrat Stern

erklärt, man habe am 29. April 2021 dem Verkauf des Grundstücks für das Stadthaus mit Tiefgarage zugestimmt und sei der Meinung, dass das Stadthaus mit Tiefgarage dringend benötigt wird. Eine vernünftige Erschließung sei nur auf diese Weise möglich, daher solle man dies entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung handhaben. Man sehe die Notwendigkeit, die Planung der öffentlichen Tiefgarage zu beauftragen. Um eine einigermaßen realistische Planungsgrundlage und Kosteneinschätzung zu erhalten solle man die Fachplaner gleich mitbeauftragen. Damit sei die Tiefgarage zwar noch lange nicht gebaut, aber die Gremien könnten auf dieser Grundlage eine realistische Entscheidung treffen.

Die Fraktion der CDU stimme in allen Punkten zu.

Stadtrat Feuchter

erklärt, er gehe von der Ergänzung des Beschlussvorschlags aus. Die Beauftragung solle stufenweise erfolgen. Mit dieser Ergänzung stimme man zu.

Stadtrat Frühwirt

erklärt, dass die Fraktion der GALL anderer Meinung in Sachen Tiefgarage sei. Diese Tiefgarage sei die schlechteste und teuerste Variante um Autos unterzubringen. Er sehe die Tiefgarage noch lange nicht gebaut. Bei einer Tiefgarage in dieser Größenordnung und anderen dafür erforderlichen Maßnahmen gingen die Kosten in den sechs- bis siebenstelligen



Bereich. Man werde darüber noch intensiv reden müssen. Die Fraktion der GALL stimme nicht zu.

Oberbürgermeister Reinwald

bittet um Zustimmung unter Berücksichtigung der von Stadtrat Feuchter vorgeschlagenen Ergänzung, nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen.

Mit 17 Ja-Stimmen (Oberbürgermeister Reinwald, Stadträte Dr. Anselmann, Bader, Baumann, Feuchter, Hahn, Kettenmann, Kurz, Lindenbach, N. Müller, Niemzik, Dr. Pfisterer, Dr. Sandner, Stern, Unverfehrt, Werner und Woesch), 3 Gegenstimmen (Stadträte Frühwirt, Hassenpflug und J. Müller) und 3 Enthaltungen (Stadträte Bortz, Reinig und Schilling) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Rathausplatzbebauung – Tiefgarage)**

1. Das Ingenieurbüro Gadow + Graeske wird mit der Planung beauftragt.
2. Das Ingenieurbüro Rhein Neckar Consult wird mit der Planung beauftragt.  
Die Beauftragung erfolgt stufenweise.

**18. Verschiedenes**

Oberbürgermeister Reinwald

weist darauf hin, dass für impfwillige Bürger noch Impfdosen vorhanden seien.

Oberbürgermeister Reinwald

weist auf die Hofflohmärkte in St.Ilgen hin, die kommenden Samstag stattfinden. Ein Plan dazu sei über hofflohmarkt-Leimen.de erhältlich.

Stadträtin Kettenmann

verliest ein Anschreiben einer besorgten Bürgerin, Frau Annemarie Rieser, ehemalige Leiterin der Schülerhilfe, zu dem Thema Hortunterbringung St. Ilgen an der Geschwister-Scholl-Schule, das sie erhalten hat. Frau Rieser schildert in ihrem Schreiben die Vorgänge in chronologischer Reihenfolge. Die Zustände dort seien bedenklich, da der Hort in Containern ohne fließendes Wasser und Toiletten untergebracht worden sei. Der Umzug sei nicht angekündigt worden. Es habe unterschiedliche Aussagen seitens der Verwaltung gegeben. Aus Sicht der Stadt bestehe kein Handlungsbedarf, da es sich um eine Übergangslösung handele, die bis zum Bauende im Frühjahr / Sommer 2022 als Räumlichkeit für den Hort diene. Andere Lösungen seien zu kostenintensiv. Man habe zudem die Antwort erhalten, dass der Hort eine freiwillige Leistung der Stadt sei. Die Unterbringung bringe eine erhöhte Unfallgefahr hervor, sowohl wegen dem Weg zu den Sanitäranlagen als auch im Außenbereich. Man habe sich in dieser Angelegenheit auch bereits an das Gesundheitsamt und den KVJS gewandt. Man möchte erfahren, ob für den Hort und den dortigen Außenbereich eine Betriebserlaubnis vorliegt.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, die Bürgerin habe den Sachverhalt grundsätzlich korrekt wiedergegeben. Jedoch stünden Sanitärräume im Maximilian-Kolbe-Haus bis 17 Uhr zur Verfügung. Man befinde sich weiterhin im Gespräch mit dem Gesundheitsamt und der KVJS und warte ab, was diese dazu sagen. Es handele sich auch um eine Grundsatzentscheidung. Er betont, dass die Unterbringung in den Containern keine Dauerlösung sei. Die Ernsthaftigkeit der Situation sei ihm bewusst, aber die Verwaltung müsse klären, was nachträglich von den Behörden verlangt wird.

Stadträtin Kettenmann

bittet um Klärung bis zur Gemeinderatsitzung am 22. Juli 2021. Ansonsten sei eine Sondersitzung nötig. Es müsse dringend eine andere Lösung her.

Oberbürgermeister Reinwald

entgegnet, dass man dann wieder Vereine aus der Halle nehmen müsse um die Hortkinder alternativ unterbringen zu können. Dies wirke sich wiederum nachteilig auf die Vereine aus.

Stadtrat Feuchter

schlägt vor, dem Gremium schnellstmöglich Informationen darüber zukommen zu lassen, damit man sich innerhalb der Fraktionen kurzfristig abstimmen kann.

Oberbürgermeister Reinwald

sagt dies zu.

Stadtrat Hahn

stellt fest, dass es sich um ein Missverständnis in Bezug auf die Öffnungszeiten der WC-Anlagen im Kolbe-Haus handele. Dies solle kommuniziert werden.

Oberbürgermeister Reinwald

räumt ein, dass die Schließzeiten bis 17 Uhr erst seit Kurzem gelten.

Stadträtin Kettenmann

berichtet, dass die Pandemie den Vereinen stark zugesetzt habe. Die Situation der St. Ilgener Vereine sei schwer. Die Hallen und deren Alternativen würden anderweitig genutzt, weshalb sie den Vereinen nicht zur Verfügung stünden. Sie bittet daher um ein rollierendes System in Bezug auf die Leimener Stadtteile und die Hallennutzungen. Der Sportplatz sei vom 24. Mai bis zum 11. Juli für den gerade wieder beginnenden Vereinssport auch noch gesperrt. Man habe um eine Aussetzung der Regenerationszeiten des Platzes gebeten, da dieser nicht genutzt werde. Auf diese Anfrage habe die Stadtverwaltung nicht reagiert, man warte über eine Woche auf Antwort in dieser dringlichen Angelegenheit. Sie möchte erfahren, wie die Vertretung innerhalb der Stadtverwaltung geregelt ist, da die Erreichbarkeit der Mitarbeiter problematisch sei.

Oberbürgermeister Reinwald

widerspricht Stadträtin Kettenmann. Es bestünden große Nutzungskonflikte bezüglich der Hallen in Zeiten der Pandemie. Blutspenden und Impfungen seien nötig. Gleichzeitig wollen die Vereine unterstützt werden. Leider müssten sich alle Menschen in diesen schweren Zeiten einschränken. Nicht alle Hallen seien gleichwertig nutzbar. Die reinen Sporthallen in den anderen Stadtteilen seien nicht für andere Zwecke nutzbar. Blutspenden und Impfungen hätten aufgrund der Lebenswichtigkeit unbedingt Vorrang. Das Waldstadion betreffend erklärt er, dass der Rasen dort jedes Jahr regeneriert werden müsse. Dies betreffe nicht alle Plätze, es sei extra für den Vereinssport ein Sportplatz offengelassen worden, was Stadträtin Kettenmann bekannt sei. Die Corona-Verordnungen würden häufig am Wochenende geändert, man brauche Zeit zur Umsetzung der Regelungen. Die Kontaktaufnahme ist laut Aussage vom Angestellten Sauerzapf erfolgt. Er gehe dem nach. Der Normalbetrieb für die Vereine sei wohl noch eine lange Zeit nicht möglich. Alle müssten sich einschränken. Er bittet daher um Verständnis. Man bemühe sich nach Kräften, die Quadratur des Kreises zu erreichen. Er bietet Stadträtin Kettenmann ein Gespräch außerhalb der Sitzung an.

Stadträtin Kettenmann

bittet erneut um die gerechte Aufteilung der Hallen zwischen allen Vereinen.

Oberbürgermeister Reinwald

weist darauf hin, dass der Hort nun umgesiedelt werden soll, was die Hallennutzung für Vereine weiterhin einschränke.

Stadträtin Kettenmann

spricht die Unterführung Probster Wald an. Die Fasanerie sehe schäbig aus. Sie schlägt vor, die Fläche für Graffiti oder Ähnliches freizugeben. Auch könne man so mit den unschön beschmierten Stromkästen verfahren. Sie bittet die Verwaltung, sich diesem Problem anzunehmen.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dass eine solche Aktion bereits im Rahmen eines Jugendprojekts geplant sei und auch im Haushalt genannt sei.

Stadträtin Kettenmann

weist darauf hin, dass man im Rahmen der Aktion „Nachwuchshelden“ des BGV für die Jugendfeuerwehr abstimmen könne. Hier konnten sich – ähnlich der Aktion der Aktiven Abteilung – verschiedene Hilfsorganisationen (JFW, DLRG, DRK) bewerben, sich kurz vorstellen und auch ein Projekt beschreiben, das mit den Preisgeldern umgesetzt werden soll. Es erfolgt eine öffentliche Abstimmung und jede Stimme hilft.

Stadträtin Werner

weist darauf hin, dass die DLRG-Jugend ebenfalls an dieser Aktion teilnimmt. Sie bittet auch dafür Stimmen abzugeben.

Stadträtin Nathalie Müller

weist auf das Abschlusskonzert der Musikschule Leimen am 28. Juli im Menzerpark hin. Es sei die Idee aufgekommen, einen Getränkestand des Gemeinderates zu organisieren. Das Getränkesponsoring werde sie gerne übernehmen, Getränke seien bereits vorhanden. Die Erlöse daraus sollen an die Musikschule gehen. Selbstverständlich werde man die Regelungen der Coronaverordnung einhalten und keinen Alkohol ausschenken. Sie erklärt sich zur Organisation bereit und fragt nach Mitstreitern. Sie bittet ihre Kollegen aus dem Gemeinderat um Meldung. So könne man die Musikschule unterstützen.

Stadtrat Frühwirt

weist auf die Parksituation im Hauffweg hin. Er erkundigt sich, ob es stimmt, dass im Wendehammer Parkplätze angelegt werden sollen.

Bürgermeisterin Felden

erklärt, dass die Verkehrskommission letzte Woche beschlossen habe, den verkehrsberuhigten Bereich beizubehalten. Es werde geprüft, ob man dort Parkplätze anlegen kann.

Stadtrat Frühwirt

weist darauf hin, dass in dem Wendehammer oft Kinder spielen. Er fragt nach der Notwendigkeit dort Parkplätze zu machen. Private müssten ohnehin Parkplätze auf ihrem Grundstück nachweisen.

Bürgermeisterin Felden

erklärt, es sei Wunsch der Anwohner gewesen dort öffentliche Parkplätze zu schaffen. Man prüfe, wo dies dort möglich ist. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr solle das Thema beraten werden.

Stadtrat Stern

fragt, was mit dem Bärenbrunnen geschehen ist. Dort sei der Wasserlauf abgebrochen worden.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, dies sei ihm bisher nicht bekannt gewesen, man nehme sich der Angelegenheit an und informiere Stadtrat Stern dann.

Stadtrat Reinig

habe von einem Bürger eine E-Mail wegen der Baumaßnahme in der Theodor-Heuss-Straße zwischen den Kreisverkehren an der Tinguexallee und dem neuen Gewerbegebiet Süd erhalten. Die Fahrbahn sei für die Autos frei, aber Radfahrer und Fußgänger müssten sich gedulden. Er fragt, bis wann man mit der Fertigstellung rechnen kann und ob provisorische Alternativen möglich sind.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, die Baumaßnahme werde im September weitergeführt. Es habe Verzögerungen aufgrund mehrerer Schnittpunkte gegeben, die man nun koordinieren müsse. Man könne den Sachverständigen Herrn Schütz zu dem Thema laden, um dies dem Gremium näher zu erläutern, wenn es gewünscht ist. Man könne prüfen, inwieweit ein Provisorium möglich ist. Die Umleitung sei ausgedeutet. Eine bessere Lösung werde geprüft.

Stadtrat Reinig

erfragt erneut den Sachstand zur nächtlichen Beleuchtung der Herz-Jesu-Kirche und wer dafür die Kosten trägt. Wenn die Stadt die Kosten trage sei es nicht einzusehen, dass man ein Fremdgebäude mit städtischen Mitteln beleuchtet und die städtischen nicht.

Oberbürgermeister Reinwald

erklärt, die Stadt übernehme dafür die Kosten, was vom Gemeinderat beschlossen worden sei. Das Thema soll in den Folgesitzungen beraten werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Reinwald um 21.07 Uhr die öffentliche Sitzung.

---

Greiner  
Protokollführerin

---

Reinwald  
Oberbürgermeister

Urkundspersonen:

---

Stadträtin Julia Müller

---

Stadträtin Nathalie Müller